

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

268 (23.11.1909) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2.70. In der Geschäftsstelle oder den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 85 Pfg. durch den Briefträger ins Haus gebracht, 3.67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Beilagen:
Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt **„Sterne und Blumen“**.
Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt **„Blätter für den Familienisch“**.

Anzeigen: Die sechspaltige Retzzeitung oder deren Raum 25 Pfg., Retzklamen 60 Pfg., Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatte. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an.
Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).
Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Notationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft **„Adenia“** in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: **R. Theodor Weber**; für Ausland, Nachrichtenendienst und den allgemeinen Teil: **Kranz Wähler**; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: **Heinrich Vogel**; sämtliche in Karlsruhe.

Verantwortlich für Anzeigen und Retzklamen: **Hermann Wähler** in Karlsruhe.

Wertzuwachssteuer und Reich.

Nachdem das Tempelhofer Feld als Truppenübungsplatz nicht mehr genügt, hatte das Reich die Einlegung eines neuen Truppenübungsplatzes bei den Städten Josen und Warth in Aussicht genommen und dafür die erhebliche Summe von 13 Mill. Mark ausbezogen. Sobald hieron etwas laut geworden war, hatte in den in Betracht kommenden Dörfern, in deren Nähe die noch in Privatbesitz befindlichen 4200 Acker lagen, eine emsige Tätigkeit der Grundbesitzer eingeleitet. Die Dörfer Schönheide, Lösslin, Kallinden, Gsdorf, Gehrensdorf, Josenbrücke, Wollen und Wilsdorf sind nach den früher gezahlten Preisen nicht mit günstigen Boden gegeben, wenn man hört, daß der Morgen für 100 bis 200 Mark zu haben war und zu diesen Preisen gekauft wurde. Ein fündiger Kopf soll sich ein Jagd- oder sonstiges Grundstück gekauft haben. Ebenso emsig wie der Boden scheinen die Finanzen der Kommune Lösslin, die 250 Proz. Kommunalsteuer, 375 Proz. Grund- und Gebäudesteuer, 500 Proz. Gewerbesteuer erhebt und etwa 50 Proz. Kirchensteuern. Als nun im Frühjahr dieses Jahres bekannt wurde, daß der Truppenübungsplatz tatsächlich dorthin käme, begann eine von dem Pastor Stier (Wogen) geleitete Bewegung zur reichen Einföhrung einer Wertzuwachssteuer in den beteiligten Gemeinden, und es gelang auch, entsprechende Gemeindefestsetzungen zu bringen. Aber leider funktionierte der Finanzweg nicht. Während z. B. in Schönheide die Zuwachssteuer in den Tagen vom 25. April d. J. bis zum 1. Mai durch alle Anwesen, Bezirksausführer, Regierungspräsident, Oberpräsident, Minister des Innern, Finanzminister lief, und auch eine in Rom am 12. Juni beschlossene Wertzuwachssteuer bereits am 3. Juli in Kraft trat, gelang es nicht, in den genannten Gemeinden, die zum strengen Beitritt gehörten, diese Sache vom 14. Mai bis 1. Juli fertig zu bringen. Die Budgetkommission hatte prinzipiell die Einlegung des Truppenübungsplatzes am 1. Juli beschlossen, ohne daß es gelungen war, die Wertzuwachssteuer vorher in Siderheit zu bringen. Die Landräufe, die gleich darauf erfolgten, konnten infolge dessen von der Zuwachssteuer nicht erfaßt werden, und gerade die großen Landräufe geben vollständig frei aus. In mehreren Gemeinden hat man auf die Zuwachssteuer verzichtet, weil höchstens ein paar kleine Besitzer davon betroffen werden.

Durch die Landräufe sollen Gewinne bis zu 400 Prozent gemacht sein. Wer hat diese Gewinne gemacht? Doch ganz allein das Reich mit seiner Anlage des Truppenübungsplatzes. Man sieht hier wieder einmal ein Beispiel, wie sehr das Reich dazu beiträgt, Werte zu schaffen und sie selbst zu begablen. Hätte man den Vorschlägen der konservativen Partei folgend die Reichswertzuwachssteuer sofort angenommen, so würde das Reich hier in der Lage gewesen sein, einen großen Teil seines eigenen Geldes in Form der Zuwachssteuer wieder in seine Tasche stecken zu sehen. Aber was die Stadt Schönheide in 8 Tagen zustande bringen konnte, getraute sich der Staatssekretär Spdow nicht in Wochen oder Monaten fertig zu bringen. Man wird nicht umhin können, die Einführung der Reichswertzuwachssteuer aufs äußerste zu beschleunigen. Nicht nur sind bereits dem Reich durch solche Verzögerung viele Millionen entgangen, sondern die Terrainspekulation, in der Nähe der großen Städte besonders, ist eifrig am Werk, jede Wertzuwachssteuer auf viele Jahre hinaus in den Voraus zu zahlen und sich zu sichern, und wenn dann das Reich nach Jahr und Tag endlich mit einem Wertzuwachssteuergesetz herankommt, dann werden die Erträge nicht entsprechend sein, wenigstens für die ersten Jahre.

Das Beispiel der Gemeinden am neuen Truppenübungsplatz ist durchaus bezeichnend. Schon seit Jahren ist es in Preußen möglich, und von der Regierung empfohlen, gemeindliche Wertzuwachssteuern einzuführen. Trotzdem hat nur eine verhältnismäßig kleine Anzahl von Gemeinden sich dazu entschlossen. Es ist dies auch sehr verständlich, wenn man bedenkt, daß in der Gemeinde vielfach gerade diejenigen dar- über zu befinden haben, die von dieser Steuer am meisten getroffen werden. Würde eine Reichswertzuwachssteuer eingeführt und deren Erhebung den Gemeinden übertragen, so wäre die Zuwachssteuer im ordentlichen Etat und allerdings um rund 13 800 000 Mk. höher, dagegen bleiben die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats um 42 000 000 Mk. hinter den für 1909 veranschlagten zurück. Das gibt der „Deutschen Tageszeitung“ Veranlassung zu der Befürchtung, ob nicht die Sparjamkeit beim Heere das Maß des Zulässigen überschritten habe. Es dürfte nicht vergessen werden, daß gerade im Seewesen die Sparjamkeit die schlimmste Verwundung sein kann und daß schließlich die letzten Entscheidungen über die Zukunft des Deutschen Reiches nicht auf dem Wasser, sondern auf dem Lande fallen. Wir haben mehr Vertrauen zu der Militärverwaltung als die „Deutsche Tageszeitung“. Wir sind gewiß, daß sie in der Sparjamkeit das Maß des Zulässigen nicht überschritten hat, freuen uns aber von Herzen darüber, daß sie das Versprechen der Sparjamkeit auch in die Tat umge-

setzt hat. Will etwa die „Deutsche Tageszeitung“ durchaus die Erblichkeitssteuer haben? **„Polen und Zentrum.“** Am Scheidewege. Unter diesen Titel hat der „Kurzer Klassik“ einen Artikel veröffentlicht, in welchem sich folgender Passus befindet: „Der Abgeordnete Kapieralski hat mit den Zentrumslenten ein politisches Bündnis abgeschlossen und er hat das vollständig auf eigene Verantwortung getan, denn er hat zuvor weder bei der polnischen Fraktion noch bei der polnischen Volksgemeinschaft angefragt. Und was noch dazu kommt, dieses Bündnis wurde zwei Monate lang vollständig geheim gehalten und erst durch die Veröffentlichung eines Berichtes im „Augustinusbblatt“ erfuhr das polnische Volk etwas von seinem Schicksal.“ Hieraus erklärt der Abgeordnete Kapieralski in seiner Rede folgendes: „Ich erkläre, daß ich mit den Zentrumslenten kein politisches Bündnis abgeschlossen habe, ich weiß nichts von einem Abkommen, das zwei Monate lang geheim gehalten worden sei, noch etwas von dessen Veröffentlichung im „Augustinusbblatt“. Ein Abkommen irgendwelcher Art in irgendwelcher Sache zwischen dem Zentrum und dem mir existiert nicht.“ **Der „bloßlose Reichstag“** überschreiben die „Hamburger Nachrichten“ einen Artikel, dem wir folgende Ausführungen entnehmen: „Dem Vordgedachten Bündnis untreu geworden sind gerade die Parteien, ohne deren Unterstützung der vorige Reichstag die Reichsfinanzreform nicht zustande bringen konnte. In einer nationalen Frage, in der Befähigung der Sozialdemokratie, ist dem Bloßprinzip gerade die Blöwische Partei par excellence, die nationalliberale, abtrünnig geworden, indem sie in Baden eine antinationale Politik einführte. Nicht der nationale Gedanke hat den Blöwischen Bloß zwei Jahre zusammengehalten, sondern die Politik der einseitigen Verzerrungen, auf die Partei Blöw die konservativ-liberale Mehrheit begründet hat. Solche Politik konnte sich auf die Dauer nicht als lebensfähig erweisen und kann keinen Staatsmann zur Wiederholung reizen. Die Konservativen sollten immer nur Etwas bringen, nicht im nationalen Interesse, sondern im Parteinteresse der liberalen Blöwischen.“ Auch die Reichsfinanzreform forderte von Anfang an die Verzögerung einer gut konservativen Auffassung, die sich nach dem Viskmarkt berufen konnte, daß nämlich der Mehrbedarf des Reiches nur durch indirekte Steuern zu decken ist. . . . Dem Bloßprinzip zufolge hat schließlich für Blöw noch eine durchaus antisozialistische Reform verheißen, die Reform des preussischen Landtagswahlrechts. Würde diese Reform durchgeführt, so müßte eine ihrer Hauptwirkungen darin bestehen, die parlamentarische Machtstellung der konservativen Parteien zu untergraben. Eine Mehrheit heterogener Parteien dadurch zusammenzubringen, daß der eine Bestandteil ausschließlich die Kosten trägt, daß der andere zur Mitarbeit verpflichtet wird, ist ein Experiment, das scheitern muß. Darum würde es heute ein vergebliches Wagnis sein, den Blöwischen Bloß in seiner ursprünglichen Ausdehnung wieder zum Leben zu erwecken. Der Freisinn könnte als Bloßpartei überbaupt nicht wieder in Betracht kommen. Er hat von vornherein nur wegen der ihm vom Freisinn Blöw gegebenen Verzerrungen an dem Bloß teilgenommen. . . . Zur politischen Mitarbeit in nationalen Angelegenheiten fühlte sich der Liberalismus nur so lange verpflichtet, als der Reichsfinanzreform die ihm gegebenen Verzerrungen in Daten umzu- setzen vermochte. Jetzt, da der Bloß nicht mehr als Mittel mißbraucht werden kann, Parteigeheiß zu belagern, bestimmt den Liberalismus nicht mehr der nationale Gedanke, der doch für die Bloßpolitik allein maßgebend hätte sein müssen. . . . Nationale Politik, und das sollte doch die Bloßpolitik sein, muß lediglich um ihrer selbst willen betrieben werden. Wer selbst die nationale Politik nicht unterstützen kann, hat nicht zum Bloß gehört, weil er damit beweist, daß er Parteinteressen höher bewertet, als die nationalen.“

Deutschland.

Berlin, 23. November 1909.

Aus dem Reichshaushaltsetz für 1910. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ teilt Einzelheiten aus dem neuen Etat mit. Zur Entlastung des Staatssekretärs und des Unterstaatssekretärs des Auswärtigen, und im Hinblick auf die Wichtigkeit der politischen Geschäfte des Auswärtigen Amtes soll ein älterer vortragender Rat der dem Staatssekretär unmittelbar unterstellten politischen Abteilung in der Eigenschaft eines Dirigenten mit einem Teile der einschlägigen Geschäfte betraut werden, wodurch zugleich zur Sicherung der Einheitlichkeit der Geschäfte beigetragen würde. In Adana und Trapezunt sollen Berufsconsulate errichtet werden. Der Fonds zur Verbesserung deutscher Schul- und Unterrichtsverhältnisse wird um 50 000 Mk. erhöht. Die Fonds für Kurier-, Reiseflohen, Umzug von Beamten usw. sind herabgesetzt. Beim Reichsamt des Innern sind als erste Rate für die Beteiligung an der Internationalen Kunstausstellung in Rom im Jahre 1911 80 000 Mk. eingestelt. Die Gesamtkosten betragen 340 000 Mk. Das Reich wird einen eigenen Babilon errichten. Im Reichetat sind für Fernsprechnetze 25 Millionen gegenüber 45 Millionen im Vorjahr ausgeworfen. Die Steigerung in der Entwicklung des Fernsprechnetzes hält an. Bei der Reichsdruckerei wird ein Mehrverbrauch von 892 210 Mk. angenommen. Bei der Verwaltung der Reichseisenbahnen erscheinen neue erste Raten im Ordinarium des ordentlichen Etats diesmal nicht. Der Etat des Reichsamt des Innern sieht bei dem allgemeinen Fonds für die Einrichtung eines meteorologischen Dienstes ein Mehrforderndes von 40 000 Mk. vor. Der Fonds zur Unterstützung von Familien der zu Friedensabnahmen einberufenen Mannschaften ist um 1 210 000 Mk. auf 2 322 000 Mk. erhöht worden, um ihn dem tatsächlichen Bedürfnis entsprechend auszugestalten. In den laufenden Betriebskosten der Drachenkation am Wobensee für die Erforschung der oberen Luftschichten ist der Betrag von 10 000 Mk. (+ 2600 Mk.) eingestelt. Erstmals werden als Beitrag des Reiches zu den Kosten der Herausgabe des Deutschen Handwerksblatts 6000 Mk. zur Förderung des ärztlichen Fortbildungswesens 10 000 Mk. gefordert.

Zur Sparjamkeit im Reichshaushalte schreibt die „Köln. Volksztg.“: „Die mitgeteilten Hauptziffern des Etats für 1910 weisen im Etat der Reichsheeresverwaltung eine bedeutende Verringerung gegenüber 1909 auf. Die dauernden Ausgaben im ordentlichen Etat sind allerdings um rund 13 800 000 Mk. höher, dagegen bleiben die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats um 42 000 000 Mk. hinter den für 1909 veranschlagten zurück. Das gibt der „Deutschen Tageszeitung“ Veranlassung zu der Befürchtung, ob nicht die Sparjamkeit beim Heere das Maß des Zulässigen überschritten habe. Es dürfte nicht vergessen werden, daß gerade im Seewesen die Sparjamkeit die schlimmste Verwundung sein kann und daß schließlich die letzten Entscheidungen über die Zukunft des Deutschen Reiches nicht auf dem Wasser, sondern auf dem Lande fallen. Wir haben mehr Vertrauen zu der Militärverwaltung als die „Deutsche Tageszeitung“. Wir sind gewiß, daß sie in der Sparjamkeit das Maß des Zulässigen nicht überschritten hat, freuen uns aber von Herzen darüber, daß sie das Versprechen der Sparjamkeit auch in die Tat umge-

setzt hat. Will etwa die „Deutsche Tageszeitung“ durchaus die Erblichkeitssteuer haben? **„Polen und Zentrum.“** Am Scheidewege. Unter diesen Titel hat der „Kurzer Klassik“ einen Artikel veröffentlicht, in welchem sich folgender Passus befindet: „Der Abgeordnete Kapieralski hat mit den Zentrumslenten ein politisches Bündnis abgeschlossen und er hat das vollständig auf eigene Verantwortung getan, denn er hat zuvor weder bei der polnischen Fraktion noch bei der polnischen Volksgemeinschaft angefragt. Und was noch dazu kommt, dieses Bündnis wurde zwei Monate lang vollständig geheim gehalten und erst durch die Veröffentlichung eines Berichtes im „Augustinusbblatt“ erfuhr das polnische Volk etwas von seinem Schicksal.“ Hieraus erklärt der Abgeordnete Kapieralski in seiner Rede folgendes: „Ich erkläre, daß ich mit den Zentrumslenten kein politisches Bündnis abgeschlossen habe, ich weiß nichts von einem Abkommen, das zwei Monate lang geheim gehalten worden sei, noch etwas von dessen Veröffentlichung im „Augustinusbblatt“. Ein Abkommen irgendwelcher Art in irgendwelcher Sache zwischen dem Zentrum und dem mir existiert nicht.“ **Der „bloßlose Reichstag“** überschreiben die „Hamburger Nachrichten“ einen Artikel, dem wir folgende Ausführungen entnehmen: „Dem Vordgedachten Bündnis untreu geworden sind gerade die Parteien, ohne deren Unterstützung der vorige Reichstag die Reichsfinanzreform nicht zustande bringen konnte. In einer nationalen Frage, in der Befähigung der Sozialdemokratie, ist dem Bloßprinzip gerade die Blöwische Partei par excellence, die nationalliberale, abtrünnig geworden, indem sie in Baden eine antinationale Politik einführte. Nicht der nationale Gedanke hat den Blöwischen Bloß zwei Jahre zusammengehalten, sondern die Politik der einseitigen Verzerrungen, auf die Partei Blöw die konservativ-liberale Mehrheit begründet hat. Solche Politik konnte sich auf die Dauer nicht als lebensfähig erweisen und kann keinen Staatsmann zur Wiederholung reizen. Die Konservativen sollten immer nur Etwas bringen, nicht im nationalen Interesse, sondern im Parteinteresse der liberalen Blöwischen.“ Auch die Reichsfinanzreform forderte von Anfang an die Verzögerung einer gut konservativen Auffassung, die sich nach dem Viskmarkt berufen konnte, daß nämlich der Mehrbedarf des Reiches nur durch indirekte Steuern zu decken ist. . . . Dem Bloßprinzip zufolge hat schließlich für Blöw noch eine durchaus antisozialistische Reform verheißen, die Reform des preussischen Landtagswahlrechts. Würde diese Reform durchgeführt, so müßte eine ihrer Hauptwirkungen darin bestehen, die parlamentarische Machtstellung der konservativen Parteien zu untergraben. Eine Mehrheit heterogener Parteien dadurch zusammenzubringen, daß der eine Bestandteil ausschließlich die Kosten trägt, daß der andere zur Mitarbeit verpflichtet wird, ist ein Experiment, das scheitern muß. Darum würde es heute ein vergebliches Wagnis sein, den Blöwischen Bloß in seiner ursprünglichen Ausdehnung wieder zum Leben zu erwecken. Der Freisinn könnte als Bloßpartei überbaupt nicht wieder in Betracht kommen. Er hat von vornherein nur wegen der ihm vom Freisinn Blöw gegebenen Verzerrungen an dem Bloß teilgenommen. . . . Zur politischen Mitarbeit in nationalen Angelegenheiten fühlte sich der Liberalismus nur so lange verpflichtet, als der Reichsfinanzreform die ihm gegebenen Verzerrungen in Daten umzu- setzen vermochte. Jetzt, da der Bloß nicht mehr als Mittel mißbraucht werden kann, Parteigeheiß zu belagern, bestimmt den Liberalismus nicht mehr der nationale Gedanke, der doch für die Bloßpolitik allein maßgebend hätte sein müssen. . . . Nationale Politik, und das sollte doch die Bloßpolitik sein, muß lediglich um ihrer selbst willen betrieben werden. Wer selbst die nationale Politik nicht unterstützen kann, hat nicht zum Bloß gehört, weil er damit beweist, daß er Parteinteressen höher bewertet, als die nationalen.“

Die Stichwahl im Reichstagswahlkreis Landsberg-Soltau ergab für den Konservativen Soltzschke 12 135 und für den Sozialdemokraten Hägel 11 199 Stimmen. Soltzschke ist somit gewählt. **Die Landesausschuwahlen in Elsaß-Lothringen** fanden am 20. November statt. Ueberausungen brachten sie nicht. Die Lage ist parlamentarisch unverändert. Der „Elsaßler“ schreibt am 22. November: „Die Wahlen haben das Gesamtbild in keiner Weise verändert. Die Parteien konnten im Elsaß wie in Lothringen, bis auf Willhingenstadt, wo die Demokratie der „Straßb. Neuen Zeitung“ ihren einzigen Vertreter einbüßte, ihren Befugnis behalten. Inzwischen muß dieses Resultat parteipolitisch als eine Schlappe der Liberalen betrachtet werden. Die Liberalen hatten sich auf Colmar-Land Hoffnung gemacht, wie auf Erfstein; sie rechneten mit einem Erfolg in Altkirch wie ganz besonders in Gebweiler, und haben nun auf der ganzen Linie den kürzeren gezogen. In Altkirch hat der Gegner des „Fortdrittlers“ Dr. Gentkire sogar drei Stimmen mehr erhalten, als vor drei Jahren, und dies trotz der Steuerhebe, an der sich Beamte beteiligten, und trotz des famosen „Marxsteins“, der (durch den 1. Wahlgang) bei den Bezirkswahlen in den „Schwarzen“ Sundgau gepflanzt worden sein sollte. In Erfstein muß man sogar von einer förm-

lichen Niederlage des Liberalismus sprechen. Denn der Abgeordnete Gilliot wurde von den Liberalen nicht als „Unabhängiger“, sondern als Zentrumskandidat bekämpft, möchte er dagegen vorbringen, was er wollte. Jetzt, nach dem kläglichen Fiasko des liberalen Dr. Marx erscheint der Abgeordnete Gilliot plötzlich wieder als „Unabhängiger“ in der „Straßb. Neuen Zeitung“. Wäre aber Dr. Marx durchgekommen, statt durchgefallen, das Blatt hätte sich über die „Niederlage des Zentrums“ heiser geäußert.“

In Schluß der Besprechung schreibt das Blatt: „Wir möchten unsere Rückschau nicht beschließen, ohne auf die Notwendigkeit zielbewusster Arbeit hinzuweisen, deren Mangel steterweise bereits bei den Bezirkswahlen, aber auch jetzt wieder recht unangenehm auffallen mußte. Ist es doch beispielsweise vorgekommen, daß im Kreis Weizenburg vier Gemeinderäte, die zu drei Vierteln aus Zentrumsanhängern bestanden, notorisch liberale Bürgermeister als Wahlmänner delegierten? Anderwärts hat man sich zu spät oder gar nicht um die Vertrauensmänner gekümmert, hat sie nicht zusammenberufen.“

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Verteidigung zwischen Deutschen und Slawen. In wohlunterrichteten Kreisen wird bestätigt, daß eine Verteidigung zwischen der deutschen Partei und der slawischen Union zustande gekommen sei und daß das Parlament wieder arbeitsfähig sein werde.

Italien.

Die italienische Finanzreform. Fast alle europäischen Staaten — ja man kann sagen, fast alle Kulturstaaten der Welt — sind zurzeit damit beschäftigt, ihre Finanzen durch neue Steuern in Ordnung zu bringen. Die Finanzreformen schleppen sich wie eine Krankheit durch fast alle Länder. Auch das schöne Italien, das im letzten Jahre, wo fast allerwärts Verfalls an der Tagesordnung waren, noch Ueberflüsse erzielt, hat nun infolge seiner großen militärischen Ausgaben ebenfalls eine Steuerreform vorzunehmen. Der Ministerpräsident unterbreitete der Kammer im Einvernehmen mit dem Finanzminister und dem Schatzmeister einen Steuerentwurf. Derselbe umfaßt ein durchgreifendes Reformsystem und bezweckt, erstens zweckmäßige Herabsetzungen der Konsumsteuern einzuführen; zweitens auf gewisse Steuern das Prinzip einer vernünftigen Progression anzuwenden, drittens dem Staatschatz größere Einnahmen aus gewissen Steuern zu sichern, die demselben bisher infolge mangelhafter Bestimmungen entgangen sind. Der Reformentwurf schlägt eine starke Herabsetzung der Steuer auf die inländische Zudersteuer und eine entsprechende Herabsetzung des Schutzsolles vor. Letzterer wird ab 1. Januar 1911 für Zuder erster Klasse von 28 Lire 85 Centesimi auf 20 Lire pro 50 Kilogramm, für Zuder zweiter Klasse von 20 Lire 80 Centesimi auf 16 Lire, ab 1. Januar 1913 auf 18, bezw. 14: 75 und ab 1. Januar 1915 auf 15, bezw. 12 Lire ermäßigt. Behufs Deckung des aus der Herabsetzung der Zuderzuckersteuer und des Zuderzuckerzolles sich ergebenden Fehlbetrages von ungefähr 40 Millionen Lire schlägt der Entwurf vor, erstens eine zweckmäßige Anwendung der Progressivsteuer auf Erbschaften und Schenkungen; zweitens besondere Verfügungen behufs Vermeidung des Uebelstandes, daß große Mengen von beweglichen Werten wie bisher der Erbschaftsteuer entgehen; drittens geringfügige Abänderungen zu der Umsatzsteuer auf Inhaberpapiere in Verbindung mit den Abänderungen, die bei der Erbschaftsteuer platzgreifen; viertens Verfügungen, betreffs Einführung der Anwendung einer progressiven Personaleinkommensteuer auf Einkommen über 5000 Lire. Danach wird ein Einkommen zwischen 5000 und 10 000 Lire mit einer einprozentigen Steuer belegt, welche progressiv bis zu 6 Prozent für Einkommen über 200 000 Lire steigt.

Balkanstaaten.

Das serbische Kriegs-Budget wird für das kommende Jahr bedeutend erhöht. Der Kriegsminister verlangte einen außergewöhnlichen Kredit zur Beschaffung von großen Automobilen für die Armee, welche bei deutschen und französischen Firmen bestellt werden sollen.

Frankreich.

Vom Kulturkampf. Der „Matin“ veröffentlicht eine Erklärung, welche von einer Abordnung französischer Bischöfe verfaßt ist und worin diese sagen, daß sie ihre Haltung den Ereignissen anpassen würden. Sie erheben bereits jetzt Einspruch gegen den

